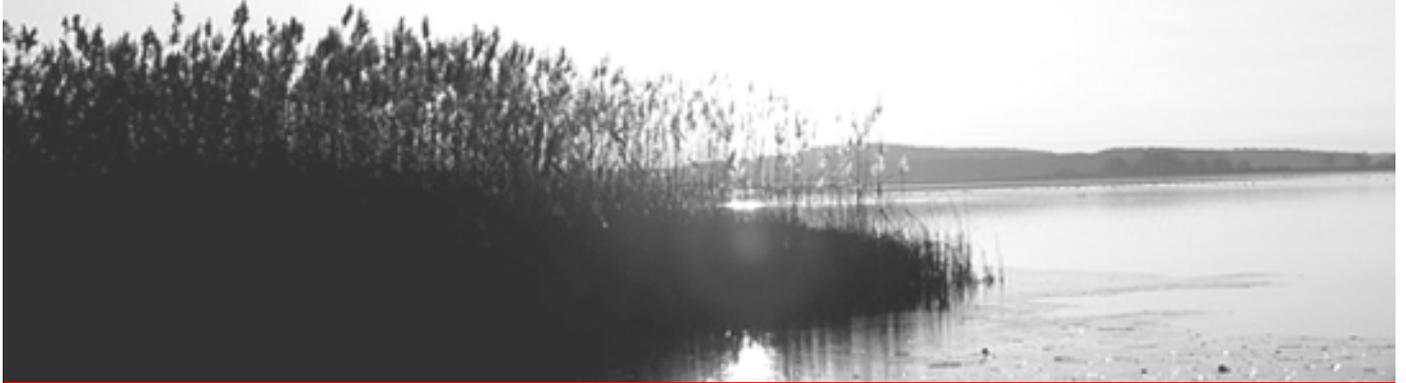


LinksBlick



Kreisverband und Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming

1989 - Wende wohin?

Wenn die Üblichkeit der freudigen Rückschau sämtliche Medien erfasst und der 20. Jahrestag mit Mauerfall, Grenzöffnung und Freiheitsweg getitelt wird, verlangt die Gerechtigkeit auch nach Sichten und Ansichten, die jede Einseitigkeit des Jubels zumindest ergänzen.

Nicht alle Frauen und Männer dieser Republik haben im Taumel der Gefühle für langersehnte Wichtigkeiten eigenes Mitwirken für ein besseres Heimatland vergessen. Bei aller Freude über neue Lebenserwartungen weiß man von vielen Familien, die mit Zurückhaltung und auch Enttäuschung der Schnelllebigkeit der Ereignisse folgten.

Auch ich bekenne mich zur Toleranz der Erlebnisse und Wertungen der beteiligten Unzufriedenen und habe Respekt, mit welchen Mitteln die erfolgreiche Auseinandersetzung geführt wurde. Wenn Jubelstimmung aufkommt, ist schon die Frage nach den Ergebnissen und Zielen erlaubt.

Auch hier sei die Vielfalt der persönlichen Wertungen von Erfolg und Niederlage akzeptiert. Denn es gibt Ähnlichkeiten wie bei der Kommentierung der jüngsten Wahlergebnisse. Es gibt nur Sieger, alle haben gewonnen. Es ist natürlich gewagt, diesen Wertungsmechanismus der obersten Wahlkämpfer auf die Wendeergebnisse zu übertragen.

Dennoch erlauben wir uns diesen Vergleich aus linker Sicht und persönlicher Erinnerung.

In der Kreisstadt Luckenwalde haben Hunderte Demonstranten mehrmals ihren Unmut auf dem Weg von der Poststraße zum Theatervorplatz zum Ausdruck gebracht. Im Namen der Freiheit blieb nichts und niemand verschont, zu Wort kamen fast nur jene, die Veränderungen im politischen System forderten. Eine bessere DDR kam ziemlich kurz vor. Selbst SED-Mitglieder hatten kaum Mut zur Auseinandersetzung, resignierten enttäuscht und entschieden sich, ihrer Partei den Rücken zu kehren. Nur wenige wissen über die Lebensläufe der Protestierer bis heute, die Zufriedenheit für die Mehrzahl wird sich in Grenzen halten, was bedauerlich ist.

Im Haus der Kreisleitung der SED reichte ein Gruppenzimmer aus für jene Genossinnen und Genossen, die verhindern wollten, dass sich die Kreisorganisation selbst auflöst, was bekanntlich mit dem Parteitag in der Berliner Dynamohalle verhindert wurde. Unvergessen sind in diesem Zusammenhang die wissenschaftlichen Beiträge von Michael Schumann zur Stalinismusdebatte. Die Aufarbeitung der Parteigeschichte mit schonungsloser Kritik ihrer Fehleinschätzung begann.

Fortsetzung auf Seite 2

Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Bild aus Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



Auflösung des Bilderrätsels der letzten Ausgabe

Seite 10

Zitiert ...

*Das Wort ist frei,
die Tat ist stumm,
der Gehorsam blind.*

*Friedrich Schiller
(1759-1805)*

DIE LINKE.

Fortsetzung von Seite 1

Nicht nur in Luckenwalde, Jüterbog oder Zossen, überall fanden sich Gleichgesinnte für die ersten Wahlen in den Regionen.

Es war schwer, in der Öffentlichkeit zu bestehen, mit Wahlergebnissen um 15 Prozent Politikangebote zu verteidigen und immer wieder auf die Forderungen zur Entschuldigung für die Diktatur einzugehen.

Diese Situationsbeschreibung in die Nähe des 20. Jahrestages des Mauerfalls zu bringen, soll aufmerksam machen, dass die Partei aus eigener Kraft Mitglieder hatte, die mit Anstand und Würde die Verpflichtung übernahmen, die politische Arbeit fortzusetzen. Besonders für alle, die enttäuscht wurden oder ihr politisches Lebensziel bei der Mitgestaltung der modernen Gesellschaft nicht erreichen konnten. Weitermachen – jetzt erst recht – galt für nahezu jede politische Aktion.

Ich meine, wenn DIE LINKE heute in der Gesellschaft Akzeptanz hat, die Parlamente auf Bundes- und allen anderen Ebenen erobert hat, in der Kreisstadt die Europa- und Kommunalwahlen gewonnen hat, vollzieht sich der Linksruck auf dem Fundament der Neuorganisation der Partei. Dafür allen Beteiligten auch in un-

serer Zeitung ein herzliches Dankeschön!

Es ist weder gelungen, die PDS mit Ignoranz und Finanzboykott aus dem



J. Akuloff, Vorsitzender der Linksfraction im Kreistag Teltow-Fläming

politischen System zu verbannen, noch weniger konnte man verhindern, dass unsere politischen Ziele sehr nahe am Lebensnerv der Bevölkerung Zustimmung finden. Linke Ideen werden populär, weil althergebrachte, eingefahrene Parteigleise nicht zum Zielbahnhof Machterhaltung führen.

Seit 1998 hat die vermeintliche

Volkspartei SPD bundesweit zehn Millionen Wählerstimmen verloren. Was da bleibt, ist höchstens das nicht risikofreie Bauchgefühl der Macht, obwohl die Agenda 2010 und die Rente mit 67 auf der Strecke geblieben sind.

Es ist unsere Fraktionsverantwortung im Kreistag, dafür zu sorgen, dass Machtgefühle nicht über Inhalte notwendiger Kommunalpolitik siegen.

Deshalb sind vom Kreisvorstand politische Grundsätze verabschiedet worden, die klarmachen, dass für uns Politikinhalt Priorität haben und uns jeder Postenschacher fremd ist. Der Maßstab für erfolgreiche Kommunalpolitik sind die Lebenslage der Menschen im Kreis, ihre Möglichkeiten zur Selbstgestaltung der Lebensinhalte durch ausreichend bezahlte Arbeit in gesunder Umwelt.

Im Ergebnis der friedlichen Revolution ist nicht nur die Berliner Mauer gefallen, es sind 20 Jahre für die Reformierung einer sozialen Partei vergangen. Es lohnt sich darüber den Meinungsaustausch zu führen, welche Partei die Lebensinteressen der Protestbewegung von 1989 erfolgreich vertritt, das auch im Jubel danach.

*Jürgen Akuloff,
Luckenwalde*

Flash-Mob-Aktionen



Rainer Weigt und Mitstreiter auf einem Flash-Mob in Potsdam

Ein Flash-Mob ist eine scheinbar spontane Aktion von Bürgern, die sich zu einer bestimmten Uhrzeit zu einer gemeinsamen Aktion kurzzeitig an einem öffentlichen Ort zusammenfinden. Solche Flash-Mob-Aktionen werden über Internet und Handy organisiert. Am Sonnabend, dem 12.09.09, war eine solche Aktion zum

Mindestlohn von Verdi und anderen angesetzt worden.

Die Soziale Bewegung Brandenburg (SBB) hat an diesem Datum eine Tagung in Eberswalde durchgeführt.

Verdi hat uns eine Wahlurne und Stimmzettel zum Mindestlohn überlassen und um 14 Uhr haben wir uns vor einer Kaufhalle getroffen und die Wahl-Aktion durchgeführt. Auch einige Eberswalder Kunden der Kaufhalle haben sich beteiligt.

Am 21.09.09 war eine weltweite Flash-Mob-Aktion als Klima-Weckruf für die verantwortlichen Politiker der

Erde ausgerufen worden. Das „Potsdamer Aktionsbündnis gegen Hartz IV“ hat bei seiner monatlichen Montags-Demo diesen Aufruf unterstützt und eine Telefon-Aktion durchgeführt. Dabei wurde z.B. Dr. Frank-Walter Steinmeier angerufen und zum tatsächlichen entsprechenden Handeln aufgefordert. Das sichtbare Zeichen waren hochgehaltene Handys und grüne Bauhelme. Solche und andere Aktionen, auch als Straßentheater und Filmpremieren, sind als dringende Mahnung an Politiker gedacht. Sie sollen nicht nur schöne Reden halten, sondern auch die notwendigen Maßnahmen tatsächlich ergreifen.

Rainer Weigt, Klein Schulzendorf

Nadie es una Isla - Niemand ist eine Insel

Bundes- und Landtagswahlen sowie in einigen Orten Bürgermeisterwahlen liegen hinter uns. Sie haben viel Kraft gekostet und viele von uns haben diese Wahlen auch mit Geld unterstützt.

Nun wenden wir uns erneut an die Leser unserer Zeitung mit der Bitte um finanzielle Hilfe, dieses Mal aber für Hilfsgüter, die ins ferne, doch so nahe Kuba transportiert werden sollen.

Karl und Martine Schilp, unsere beiden unentwegten Spendensammler aus dem Saarland, benötigen auch 2009 dringend unsere Unterstützung, um die über zehn Tonnen Hilfsgüter Ende November nach Holguin und Umgebung zu transportieren.

Aus ihren Berichten und dem ihres Dolmetschers wissen wir, dass sich die wirtschaftliche Situation so verschärft hat, dass es ums Überleben geht. Die drei alles vernichtenden Hurrikans 2008 haben Häuser zerstört, die Ernten vernichtet, ganze Bananenplantagen dem Erdboden gleich gemacht. Auch auf

Kuba brauchen Bäume und Stauden ihre Zeit zum Wachsen. In diesem Jahr kommt noch ein riesiges Regen-

Schweinefleisch nur zu horrenden Preisen zu haben sind, wenn überhaupt. Für die meisten Kubaner sind das unerschwingliche Preise. Deshalb sind alle Hilfsgüter willkommen. Karl und Martine haben wieder Medikamente, Verbands- und Zahnfüllmaterial, Kugelschreiber usw. zusammengestellt, insgesamt über zehn Tonnen. Nun wird unsere Solidarität gebraucht – Spenden für die Transportkosten (Vor einem Jahr lagen sie bei 4,50 Euro/Kilogramm.). Wir bitten unsere Leser, die Hilfsendung mit Geldspenden zu unterstützen, jeder Cent zählt.

Ende November 2008 brachten Karl und Martine Schilp 8,7 Tonnen Hilfsgüter nach Holguin. Sie berichten über „Unser schönstes Erlebnis“:

„Es war am späten Nachmittag, der Transporter war fast leer geräumt, wir hatten schon den ganzen Tag Hilfsgüter verteilt. Einige Kartons mit Kugelschreibern, die für eine Schule in der Nähe bestimmt waren, standen noch in einer Ecke des Wagens und darauf lag eine einzelne letzte Puppe. Da kam uns ein Gespann entgegen. Ein Vater hatte seine beiden Töchter von gerade dieser Schule abgeholt und sie waren auf dem Weg nach Hause. Als Karls Blick sich mit dem des jüngeren Mädchens traf, dachte er an das einsame Puppenkind hinten im Auto und er bat spontan den Fahrer anzuhalten.

Gemeinsam gingen wir zu der kleinen Gruppe auf der Kutsche und Karl fragte höflich den Vater, ob er erlaube, dass er seiner kleinen Tochter diese Puppe zum Geschenk macht. Noch bevor der Vater reagieren konnte, ging ein überirdisches Strahlen über das so hübsche Gesicht des kleinen Mädchens und sie hatte Tränen in den Augen.

Auf unsere Frage, welchen Namen sie denn der Puppe geben möchte, antwortete das Mädchen ganz spontan und ohne zu überlegen: „Maria!“

Glücklich und immer noch beseelt von diesem Erlebnis setzten die Drei dann ihre Fahrt fort und auch uns ging es nicht anders. Dies war ein Erlebnis, das wir wohl niemals vergessen werden. Es gab uns Kraft und Stärke für eine lange Zeit und einen kleinen Einblick, wie einfach es ist, einem Menschen etwas Gutes zu tun. In diesem Fall wie leicht es ist, ein Kind glücklich zu machen!“

defizit hinzu. Das führt dazu, dass Grundnahrungsmittel wie Bananen, Reis, Bohnen, Eier, Hühner- und

Die Spenden können auf folgenden Wegen eingezahlt werden:
DIE LINKE.TF Spendenkonto:
363 302 74 15,
BLZ: 160 500 00
MBS Potsdam
Kennwort: Kuba-Spende, oder
Karl & Martine Schilp
Kt.-Nr.: 20 28 26 66,
BLZ: 590 100 66 Postbank Saarbrücken oder Bareinzahlung in den Geschäftsstellen DIE LINKE Teltow-Fläming in Luckenwalde, Jüterbog, Ludwigsfelde

Die Holguineros brauchen uns, helfen wir ihnen.
Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal

Schon gewusst?

20 Jahre nach dem Mauerfall lässt die deutsche Einheit in vielen Bereichen auf sich warten.

Tarifliche Ausbildungsvergütungen lagen 2008 in den neuen Bundesländern durchschnittlich 90 Euro unter denen in den alten Bundesländern. Besonders auffällig sind die Unterschiede in einigen Berufen:

	West	Ost
Friseur	438,- Euro	269,- Euro
Koch	579,- Euro	459,-Euro

Einige Vergütungen wurden mittlerweile gleichgestellt, beispielsweise Medizinische Fachangestellte.

Doch die meisten Ausbildungsberufe existieren nicht im tariflichen Bereich. Diese Unterschiede treffen heute Jugendliche und junge Erwachsene, die im vereinten Deutschland geboren worden sind.

Am 20. November 2009 jährt sich die Verabschiedung der UN-Kinder-

rechtskonventionen zum 20. Mal.

Der bisher einzige umfassende Bericht über Kinderrechtsverletzungen weist aus, dass 150 Millionen Kinder hart arbeiten müssen – sogar in Steinbrüchen – , weshalb sie kaum oder gar nicht zur Schule gehen.

DIE LINKE kämpft um die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz. Denn auch in Deutschland gibt es noch viel Arbeit auf diesem Gebiet.

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal

Linke Politik im Landtag

Sozial – mit aller Kraft

Mit diesem Versprechen zog unsere Fraktion vor fünf Jahren in das brandenburgische Landesparlament ein. Wir wollten den Abwärtstrend des Landes stoppen, in die Zukunft investieren, für soziale Gerechtigkeit streiten. Diesem Versprechen sind wir treu geblieben.

Unser Land ist keine soziale Wüste, es hat ökonomisch tatsächlich Chancen und es gibt eine gesellschaftliche Mehrheit, die sich ein solidarisches, tolerantes, zukunfts-offenes Brandenburg wünscht.

Leider waren die Verhältnisse unter Rot-Schwarz in Brandenburg in den letzten Jahren nicht gerechter geworden.

Die sozialen Risiken nahmen zu: Schlecht bezahlte, nicht existenzsichernde Arbeit griff um sich. Bei Verdienst und Einkommensniveau der privaten Haushalte verfestigten sich gewaltige Unterschiede. Große

Teile des Landes leiden weiter unter Abwanderung, wirtschaftlicher Schwäche, mangelnder Zuwendung durch die Landespolitik. Die öffentliche Daseinsvorsorge ist gefährdet, die Finanzausstattung unzureichend. Wir haben dafür gesorgt, dass niemand im Land die Augen vor diesen Entwicklungen verschließen konnte. Wir waren Sprachrohr für die Betroffenen. Im Landtagsplenum und in den Ausschüssen haben wir die Lage analysiert und Alternativen aufgezeigt. In Anträgen und Gesetzesentwürfen haben wir sie zur Abstimmung gestellt.

Wo wir an den Mehrheitsverhältnissen im Parlament scheiterten, haben wir einfach nicht aufgegeben. Die linke Opposition war konsequent, präsent, visionär – und bodenständig sowie solidarisch. Nun ist mit dem Ergebnis der Landtagswahlen am 27. September 2009



Kornelia Wehlan, MdL
Wahlkreisbüro Luckenwalde,
Zinner Straße 36
Tel: 03371-406544
www.konni-wehlan.de
Mail: BuerolukWehlan@aol.com

ein Politikwechsel in Brandenburg für mehr soziale Gerechtigkeit möglich geworden. Die Wählerinnen und Wähler haben mit ihrer Stimme Fakten geschaffen und es zeichnet sich eine reale Möglichkeit für die Umsetzung ab. <

Wohl dem, der Heimat hat

Das ist nicht nur der Titel des letzten Buches des Theologen und Publizisten Friedrich Schorlemmer, das er vor Kurzem in der Kirche in Woltersdorf vorstellte und aus dem er kurze Auszüge las, sondern eine Botschaft an das interessierte Publikum und die Leser. Besonders für ehemalige Bürger der DDR, die immer noch mit dem Ankommen in der Bundesrepublik ihre Schwierigkeiten haben, ist die Beantwortung dieser Frage bis heute ein noch nicht gelöstes Problem. Friedrich Schorlemmer stellt Fragen, gibt Hinweise, Denkanstöße.

War die DDR meine Heimat? Ist die Bundesrepublik zu meiner Heimat geworden oder ist es McDonald´s? Was ist Heimat? Brauchen wir überhaupt Heimat?

Viele Fragen, auf die es nur ganz persönliche Antworten gibt.

Friedrich Schorlemmer hat in diesem Buch für sich selbst Antworten ge-

funden. Politisch hat er mit der DDR immer auf Kriegsfuß gestanden, trotzdem war sie seine Heimat. Die Menschen in diesem Land, seine Familie, die Natur (seiner Liebe zur Elbe widmete er viel Zeit), Gerüche, Geschmack, das ist Heimat. Jeder der Anwesenden konnte das gut nachvollziehen.

Er plädierte leidenschaftlich für einen fairen Umgang mit der DDR. Er stellte klar, dass die friedliche Revolution 1989 auch deshalb friedlich verlaufen war, weil die Mächtigen ihre Macht nicht eingesetzt hatten. Die teilweise Dämonisierung führt zur Verklärung und steht dem Geist der Versöhnung konträr gegenüber. Wir müssen uns nicht erklären lassen, wie wir gelebt haben, aber auch keine Wahrheit verschweigen. Dabei muss die Wahrheit immer mit dem Geist der Versöhnung gekoppelt sein. Wir sollten wieder lernen „meins“ zu

sagen, ohne dass es besitzergreifend ist.

Die anschließende Diskussion diente der Vertiefung der Ausführungen und unterstrich die Worte von Friedrich Schorlemmer.

Eine Teilnehmerin wünschte sich, dass Friedrich Schorlemmer in die Politik gehe. Er lehnte aus mehreren Gründen ab. Ein Argument sei hier genannt: „Ich möchte nicht so werden wie die führenden Politiker.“

Abschließend will ich noch einen sehr wichtigen Hinweis nennen. Der Heimatbegriff darf auf keinen Fall von Rechten missbraucht werden.

Ich kann nicht für alle Anwesenden sprechen. Für mich persönlich hat nach diesem Abend der Begriff „Heimat“ wieder intensiver und versöhnlicher in meinen Gedanken einen Platz gefunden.

*Marianne Richter,
 Luckenwalde*

Das ist das Ende der DDR

Meine Frau und ich schauten uns verdutzt an. Wir hatten gleichzeitig dieselben Worte ausgesprochen. Gebannt schauten wir auf den Fernseher. Dort saß ein feister, arroganter Vertreter der Mächtigsten, holte wie gelangweilt, so ganz nebenbei einen Zettel aus seiner verbeulten Anzugjacke und las diesen ereignisvollen Satz, der nichts anderes bedeutete: Die Mauer ist offen!

Für mich brach keine Welt, aber ein Traum zusammen. Die einmalige Chance, in Deutschland eine friedliche und gerechte sozialistische Gesellschaft aufzubauen, wurde von einigen machtbesessenen Starrköpfen so schändlich verspielt. Eine Welt brach für mich schon lange nicht mehr zusammen. In den letzten Jahren wurde deutlich, dass aus einer sozialistischen Gesellschaftskonzeption ein reines Machterhaltungssystem geworden ist.

Nicht erst mit diesem Novembertag war mir klar, dass das Machtpotenzial einer einzigen Partei gebrochen werden musste.

Die Alten, die sich immer sehr schnell auf Traditionen und Visionen der unterdrückten und ausgebeuteten Masse des Volkes beriefen, haben nicht nur mich verraten. Mein Traum von einem demokratischen Sozialismus wurde zerstört.

Aber fast vierzig Jahre meines Lebens sollten nur eine Episode der Geschichte oder noch schlimmer, sinnlos gewesen sein? Meine Gedanken waren schwer zu ordnen. Meine Kindheit, meine Jugend, mein Studium und die ehrliche Arbeit – ich war überzeugt sie für die Gesellschaft geleistet zu haben – sollten nichts wert sein?

Schon Monate zuvor machte sich der Niedergang meiner Republik bemerkbar. Immer größer wurde die Diskrepanz zwischen Anspruch und

Wirklichkeit. Die Menschen gingen einfach weg, sei es über Ungarn oder über die tschechoslowakische Botschaft. Einfach weg! Was trieb sie? Es konnte doch nicht nur das Propagandageheul von drüben sein, das die Menschen zum Verlassen ihrer Heimat veranlasste. Oder doch? Natürlich war ich nicht so naiv zu glauben, dass diese Fluchtkampagne nicht gelenkt und gesteuert wurde. Die Menschen, die auf die Straße gingen – und es waren viele Genossen darunter – wollten einen wirklich demokratischen und sozialistischen Staat. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Ich war mit meiner Heimat, der DDR, so verwurzelt, dass ich traurig und wütend zugleich war, wie alles den Bach herunterging. Warum dachten in diesen Tagen nur wenige Menschen so oder trauten sie sich nicht, sich zu bekennen? Warum konnte ich nicht so denken und handeln wie die, die sich nunmehr in der Öffentlichkeit produzierten, als wären sie schon immer Widerstandskämpfer gewesen.

Ich fühlte mich betrogen und konnte noch nicht einmal die, die die DDR verraten hatten, rationell erfassen. Aber ich hatte auch Angst und die Gewissheit, noch schlimmeren Betrügern aufzusitzen. Im Vorgriff auf die weitere Entwicklung kann ich heute sagen: Es ist noch schlimmer gekommen, als ich befürchtet hatte.

Trotzdem fühlte ich mich als Mitglied der SED schuldig, auch für „die da oben“, die eine ganze Idee von einer sozialistischen und gerechten DDR preisgegeben und die Träume von Menschen verraten hatten. „Die da oben“, das waren die auf unzähligen Bildern präsenten Politbüromitglieder und andere Möchtegerne, die sich noch vor wenigen Wochen unantastbar hatten feiern lassen. „Die da oben“ waren aber auch die

kleinen „Könige“ vor Ort. Mir wurde bewusst, dass meiner Partei eine lange Aufarbeitungszeit bevorstand.

Ich kann mich noch gut an den August 1961 erinnern. Ich hatte gerade mein Studium begonnen, das mir meine Mutter in der heutigen Zeit nie hätte finanzieren können. Die Grenze zur BRD und zu Westberlin wurde geschlossen. Dieser „Antifaschistische Schutzwall“, wie er nach offiziellem Sprachgebrauch hieß, wurde auf Drängen der Sowjetunion (und wie wir heute wissen mit Wissen und Stillhaltung der USA) errichtet.

Für mich und meine Familie sowie in unserem Freundeskreis gab es zwiespältige Reaktionen.

Bei allen Unzulänglichkeiten akzeptierten wir letztendlich die geschlossene Grenze zwischen den beiden feindlich gegenüberstehenden Machtblöcken im Kalten Krieg. Dass dabei die Menschen in den beiden deutschen Staaten noch mehr entfremdet wurden, war auch das Ergebnis der Politik der NATO, insbesondere Westdeutschlands, gegen die DDR und gegen die sozialistischen Länder. Diese Spaltung begann schon viele Jahre vorher mit der einseitigen Währungsreform der drei westlichen Alliierten.

Mit dem Helsinki-Abkommen der Staaten Europas 1972 wurde eine Chance eröffnet, den Kalten Krieg zu überwinden. Diese Chance wurde von der DDR und der BRD gewollt oder ungewollt nie wirklich genutzt. Westdeutschland dachte nie daran, die Menschen, die in der DDR gelebt haben, als gleichberechtigt und gleichwertig anzuerkennen.

Auch 20 Jahre nach dem Fall der Mauer lässt die wirkliche Einheit Deutschlands auf sich warten.

Dr. Rudolf Haase, Luckenwalde

Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

aus erster Hand von Maritta Böttcher

Indirekte Aushöhlung des Kündigungsschutzes

Schwarz-Gelb will den Kündigungsschutz durch die Hintertür aushöhlen. Die Pläne von Union und FDP bedeuten, dass Beschäftigten künftig „Kettenbefristungen“ zugemutet werden sollen. Gerade in der Krise müsste die Bundesregierung aber für sichere Arbeitsplätze sorgen, statt mit Heuern und Feuern Politik für die Arbeitgeberverbände zu machen. Der stellvertretende Vorsitzende der LINKEN, Klaus Ernst, ruft auf, mit allen Mitteln – notfalls auch mit Streiks – gegen diese „Sauerei“ zu kämpfen.

Die richtige Antwort auf die Krise wäre mehr Kündigungsschutz.

Schwarz-Gelb will diese organisierte Verantwortungslosigkeit offenbar sogar belohnen, denn die diskutierte Neuregelung würde dazu führen, dass die Arbeitnehmer auch nach der Krise keine sicheren Jobs mehr finden.

Steuererleichterungen für die Reichen, Gesindeordnung für die Arbeitenden

Die schwarz-gelbe Koalition aus Union und FDP will reiche Privathaushalte und Arbeitgeber fördern und setzt dabei auf noch mehr Flexibilität bei den Arbeitsverträgen. So sollen angeblich in der Krise neue Jobs geschaffen werden. Übersetzt heißt dies: Wer es sich leisten kann, wird in Zukunft – staatlich gefördert – billige Putzfrauen, Kindermädchen und Haushälterinnen für sich arbeiten lassen können.

Unternehmen sollen über das ohnehin schon mögliche Maß hinaus noch besser heuern und feuern können. So entstehen keine Arbeitsplätze, von denen Menschen leben können, das sind Arbeitsbedingungen von Mägden und Knechten. Besonders wird es wieder Frauen treffen, die schon jetzt die Mehrzahl der prekär Beschäftigten stellen. Erst kürzlich wurden bei Friseurinnen in NRW

Löhne von 1,50 Euro aufgespürt. Auf solche Jobs können wir getrost verzichten.

Mini-Jobs und Niedrigslöhne helfen nicht aus der Krise: Die Betroffenen stecken in ständiger Geldnot und dem Land fehlt es weiter an Kaufkraft. Arbeit muss gewürdigt und geschützt werden! Deshalb fordert DIE LINKE einen gesetzlichen Mindestlohn, Schutz vor Entlassung und Schutz vor Erpressung durch Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter. Das ist die richtige Alternative!

Widersprüche in der SPD

Einerseits ist bei Wowereit mit der vorsichtigen Abkehr von der unsozialen Agenda 2010 und der Rente erst ab 67 ein erster Realitätsgewinn erkennbar. Andererseits ist mit Steinmeier ein Architekt der Agenda 2010 an die Spitze der Fraktion gewählt worden, der auch heute noch zu den glühendsten Verteidigern eben jeder falschen Politik des Sozialabbaus steht.

Gabriel vagabundiert zwischen beiden. Neue Köpfe allein sind aber noch keine neue Politik. Die SPD muss ihre Hausaufgaben machen und ihren künftigen inhaltlichen Kurs bestimmen. Die Zeit drängt. Das derzeitige Koalitionsgeplänkel zwischen CDU, CSU und FDP wird bald in eine knallharte Politik zu Lasten der Arbeitnehmer, Arbeitslosen und sozial Benachteiligten führen.

Nur ein breiter Widerstand aller parlamentarischen und außerparlamentarischen sozialen Kräfte kann eine weitere Umverteilung von unten nach oben verhindern. DIE LINKE nimmt diesen Wählerauftrag ernst.

Internationaler Tag gegen die Todesstrafe

Erhängt, erschossen, enthauptet oder vergiftet – nach Angaben von Amnesty International wurden im vergangenen Jahr mindestens 2.390 Menschen hingerichtet, über 1.100



mehr als im Vorjahr. Etwa 8.900 Mal wurde 2008 die Todesstrafe verhängt; über 20.000 Verurteilte sitzen derzeit weltweit im Todestrakt.

Nur selten, wie vor wenigen Tagen durch grausame Zwischenfälle bei einer Exekution im US-Bundesstaat Ohio, gelangt das Thema in die Öffentlichkeit. Dabei werden 78 Prozent aller Hinrichtungen weltweit in den G-20-Ländern durchgeführt. In vielen Staaten gehört die Todesstrafe noch immer zum Alltag, obwohl sie bereits in 139 Ländern abgeschafft wurde.

Für diesen Schritt gibt es wichtige Gründe: Weder wirkt die Todesstrafe abschreckend oder beugt Verbrechen vor, noch ist sie gerecht oder „humaner“ als lebenslange Haft.

Vor allem aber verletzt sie das Recht auf Leben, das jedem Menschen zu steht und bereits in der 1948 von der UNO angenommenen Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte fixiert ist. „Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person“, heißt es in Artikel 3 der Erklärung.

Die im Jahr 2000 proklamierte EU-Grundrechtecharta verbietet die Todesstrafe sogar ausdrücklich: „Jede Person hat das Recht auf Leben. Niemand darf zur Todesstrafe verurteilt oder hingerichtet werden.“ (Kapitel I, Artikel 2) <



Was lange währt ...

In Jüterbog gibt es endlich einen Sozial- und Familienpass

Seit dem Jahre 2000 bemühte sich DIE LINKE in Jüterbog darum, einen Sozialpass, welcher unter anderem auch einen Zuschuss zum Essen für bedürftige Kinder an Jüterbogs Schulen beinhaltet, einzuführen. Vergeblich!

Die Vorsitzenden des Sozialausschusses (DIE LINKE) haben unaufhörlich gegen viel Widerstand versucht, die Argumente gegeneinander abzuwägen. Nun endlich hatten auch die einstigen vehementen Gegner ein Einsehen, dass der Lebensstandard für viele Familien ständig sinkt, dass die Armut keine Seltenheit mehr ist und dass sie vor allem Kinder in ihrer Entwicklung hemmt. Insofern war es folgerichtig, dass die Verwaltung einen Vorschlag vorgelegt hat, der im Sozialausschuss und im Hauptausschuss einstimmig angenommen wurde. Es ist für uns auch unerheblich, dass die einstigen Ablehner jetzt Einreicher waren. Für uns war einzig wichtig, dass dieser Pass endlich kommt.

Wie eine Karte aus dem Ärmel zog der Bürgermeister plötzlich einen Vorschlag bei diesem Tagesordnungspunkt, der für einen kurzen Moment sprachlos machte: Kostenloses Mittagessen für alle (ca. 950) Kinder! Es war wiederum sein schlechter Stil, selbst mit der Verwaltung vorher solche Idee nicht abzustimmen. Wir waren gespannt, wie hier die Koalition mit der Verwaltung zurückrudert. Falsche Hoffnungen wurden auf jeden Fall geweckt. Nun waren wir zuversichtlich, dass sich die große Mehrheit den einstimmigen Beschlüssen des Sozialausschusses und des Hauptausschusses anschließt und am 19.12.2007 für die Einführung des Sozial- und Familienpasses für Hartz-IV-Empfänger und Geringverdiener mit ergänzender Sozialhilfe ausspricht und dieser am 1. März 2008 eingeführt wird. Das wäre ein notwendiger und richtiger erster Schritt gewesen. Kurz vor dem Ziel

im Dezember 2007 zog die Koalition aus CDU, FDP und Bauernverband ein Ass in Form einer „Hühnerleiter“ (kostenloses Mittagessen nur für Erstklässler und nur für ein Schuljahr) aus dem Ärmel. Der Zuschuss zum Schulessen für bedürftige Kinder konnte verhindert werden! Macht ja nichts, denn, um den Bürgermeister zu zitieren, Jüterbog hat nun ein Alleinstellungsmerkmal unter den Kommunen Brandenburgs. Und das war es auch, worum es im Grunde ging. Wenn man schon in den teuren und sauren Kommunalhaushalts-Apfel beißen muss, weil man nicht Drumherum kommt, die Kinder der Jüterboger „Hartz-IV-Unterschicht“ durchzufüttern, so will man wenigstens ein „Alleinstellungsmerkmal“ haben. Dieses bestand nun darin, dass auch die Kinder von Gutverdienern in den Genuss der städtischen Sozialleistungen kommen.

So ganz nebenbei verhinderten die demokratischen Christen unter der Führung des aufstrebenden Herrn Danny Eichelbaum in letzter Minute, dass DIE LINKE mit dem alleinstellungsverdächtigen Prädikat „kinderfreundlich“ in den Wahlkampf 2008 gehen konnte.

Aufgrund der Ergebnisse zur Kommunalwahl hatten wir eine Mehrheit mit der SPD und wir gingen eine Kooperation ein, um die wichtigsten Wahlziele gemeinsam verwirklichen zu können. Der Sozial- und Familienpass sollte nun in greifbare Nähe rücken. Unsere Forderungen lauteten: Der Sozial- und Familienpass dient dem Zweck, sozial schwachen Personen oder Familien den Eintritt in bestimmte städtische Einrichtungen zu einem ermäßigten Tarif zu ermöglichen bzw. die im §4 benannten Vergünstigungen zu gewähren. Dieser Pass wird an Bürgerinnen und Bürger vergeben, die ihren Hauptwohnsitz in Jüterbog haben und Nachweise der Bewilligung vorweisen können.

Passinhaber erhalten 50% Ermäbi-

gung im Freibad, bei städtischen Veranstaltungen im Kulturquartier 30 Minuten vor Veranstaltungsbeginn gegen Vorlage ihres Passes die Möglichkeit, Restkarten für zwei Euro pro Karte an der Kasse zu erwerben. Außerdem erhalten Passinhaber Zuschüsse zu den Essengeldbeiträgen in Kitas, Tagespflege, Horteinrichtungen und Schulen. Der Zuschuss beträgt pro Portion 0,75 Euro.

Der Hauptausschuss (dort gibt es eine andere Mehrheit) hat das Projekt nochmals in den Sozialausschuss verwiesen. Wir haben in der Stadtverordnetenversammlung im August den Pass mit den Stimmen von SPD und DIE LINKE dennoch beschlossen, denn am 01.09.2009 ging die Schule los. Daraufhin hatte der Bürger Einwände angemeldet. Ich ergriff die Initiative und wir setzten uns erneut mit der Verwaltung zusammen.

Ich wurde das Gefühl nicht los, dass Zeit geschunden werden sollte, denn es ging nur um Formulierungen. Der Zuschuss sollte auf 0,69 Euro festgesetzt werden, weil sich das bei Kosten von 1,69 Euro besser rechne etc.. Unsere Argumente griffen am Ende aber voll durch und überzeugten den Bürgermeister zunächst. Im Sozialausschuss wurde die leicht überarbeitete Vorlage mit großer Mehrheit gegen die Stimme der Ausschussvorsitzenden (CDU) beschlossen. Am 30.09.2009 haben wir eine Satzung zur Einführung eines Sozial- und Familienpasses beschlossen mit der Stimme des Bürgermeisters, unseren zwölf gegen acht CDU, FDP und Bauernverband bei einer Enthaltung und zwar rückwirkend zum 01.09.2009 (das Essen betreffend).

Über die Ergebnisse zum Jüterboger Bürgerhaushalt werden wir uns im nächsten Monat äußern.

*Maritta Böttcher,
Jüterbog*

Diana Golze hat das Wort

Eine Bundestagsabgeordnete aus unserer Region



Wie hält es die SPD mit der LINKEN?

„Die linke Versuchung – Wohin steuert die SPD?“ von Elke und Wolfgang Leonhard, 2009

November 2009 – die Wahlen sind vorbei. Die SPD, die eine historische Niederlage erlitten hat, sucht nach sich selbst und diskutiert erneut den Umgang mit der LINKEN.

Bereits vor der Wahl haben die Genossen der SPD ihren sozialdemokratischen Kern (wieder)entdeckt – doch wollte es ihnen der Wähler nicht mehr glauben. So forderten sie eine solidarische Gesellschaft, in der alle Menschen gleichwertige Lebenschancen haben, gesellschaftliche Leitern und bessere Sicherungen, die sie selbst unter dem Slogan Agenda 2010 eingerissen haben. Der einst von Bundesfinanzminister Hans Eichel deregulierte Finanzmarkt soll reguliert werden. Die Genossen der Bosse kümmern sich wieder um die Gewerkschaften und Arbeitnehmerinteressen und sie fordern neue Strategien für Afghanistan. Der Zeitgeist bläst kräftig von links und damit der bisherigen SPD-Politik entgegen. Mit linkem Aktionismus wurde versucht, verlorengewonnenes Terrain wiederzugewinnen. Mit Erfolg? Das Wahlergebnis sagt deutlich – Nein!

Wahljahre sind auch Bücherjahre. Politiker oder Experten – jeder gibt sein Wissen zum Besten, jeder weiß, wo es lang zu gehen hat. In diesem Überangebot an Wahrheiten über „Mein Deutschland“, den „Ausverkauf der Politik“ bis hin zu „Mehr Kapitalismus wagen“ ist es schwer, etwas Fundiertes zu finden. Umso größer die Freude, wenn man es dann doch in der Hand hält. Ein kleines rotes Buch „Die linke Versuchung – Wohin steuert die SPD?“. Elke und Wolfgang Leonhard schildern auf 199 Seiten die Entwicklung von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis heute. Das

Buch schlägt einen Bogen von den gemeinsamen Wurzeln, der Spaltung der SPD und der europäischen Arbeiterbewegung, über die Reformtendenzen im realen Sozialismus bis hin zu den kommunistischen Strömungen in Westdeutschland, um abschließend die Frage zu stellen: Wohin steuert die SPD?

„Die Trennung zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus ist Resultat einer langen und widerspruchsvollen Entwicklung. Innerhalb der anfangs relativ einheitlichen sozialdemokratischen Bewegung kristallisierten sich seit den 1870er Jahren immer deutlicher zwei gegensätzliche Strömungen heraus: eine reformerisch-parlamentarisch-demokratische und eine revolutionär-antikapitalistische.“ 1915, im Dezember, stimmten 20 sozialdemokratische Abgeordnete gegen die Gewährung weiterer Kriegsanleihen und im April 1917 kam mit der Abspaltung der USPD der endgültige Bruch.

Damit begann die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie, „durch die sich Struktur und Handlungsfähigkeit der deutschen Linken tiefgreifend verändern sollte“, die darin gipfelte, dass für die Kommunisten die Sozialdemokratie in der Weimarer Zeit zum Hauptfeind wurde. Die Spaltung war nach Leonhard „die früheste Manifestation der unterschiedlichen Einstellung zum Krieg“, die auch heute noch feststellbar ist.

Nach dem Krieg war in Deutschland, ähnlich wie in vielen anderen europäischen Ländern, „der Wunsch verbreitet, gemeinsam in einer einheitlichen Partei gegen faschistische Tendenzen zu kämpfen“. Die Trennung von KPD und SPD sollte – so hofften nicht wenige Anhänger beider Parteien – überwunden werden, stellen die Autoren fest. Gustav Dahrendorf erklärte am 13. Juni 1945

„die sozialdemokratische Partei strebe die politische und wenn möglich auch die organisatorische Einheit mit ihren ‚kommunistischen Freunden‘ an.“ Zunächst blieben beide Parteien selbstständig und versprachen sich Zusammenarbeit.

Die unabhängige SPD gewann schneller an Popularität und Mitgliedern als die moskauhörige KPD. Aus diesem Grund begann nach kurzer Vorbereitung und unter gewaltigem Propagandaaufwand die Kampagne, die mit der Vereinigung von SPD und KPD zur SED am 22. April 1946 ihr Ende fand. Diese und die Repressionen der Jahre bis 1989 hinterließen Spuren in der sozialdemokratischen Seele, die bis heute nicht verheilt und neben politischer Macht ein Grund für eine andauernde Distanz und Misstrauen zwischen der SPD und der LINKEN sind.

Nach mehr als 60 Jahren steht die Frage nach einer Zusammenarbeit der Linken in Deutschland immer noch. Vielleicht kann sie in diesem Jahr teils beantwortet werden. In Thüringen war Rot-Rot-Grün zum Greifen nah und scheiterte am Kleingeist von Herrn Matschie. Im Saarland roch es auch nach Rot-Rot-Grün. Es scheiterte dann aber am Wunsch der Grünen nach „Jamaika“.

Und in Brandenburg – da spielte „der Brandenburger“ sowohl mit der LINKEN als auch mit der CDU. Die Chance für einen Politikwechsel hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit ist da, ein rot-rotes Projekt in Brandenburg ist möglich.

Fortsetzung auf Seite 9

Fortsetzung von Seite 8

Eine inhaltliche Debatte in der SPD – wenn es eine gibt – ist überschattet von der Diskussion über den Umgang mit der LINKEN. Zusammenarbeit – Koalition oder Tolerierung – oder Abgrenzung? Auf Landesebene liegt nach dem Hessen-Debakel die Verantwortung in den Ländern – auf der Bundesebene ist es klar: Es bleibt auch weiterhin bei einem kategorischen Nein. Steinmeier – wie sei es anders zu erwarten – ist auch weiterhin gegen einen Linksruck und die Zusammenarbeit mit der Partei DIE LINKE. Doch die Stimmen der Ver-

nunft werden lauter. Gabriel und Nahles fordern eine „Annäherung an DIE LINKE“ und „die Sozialdemokraten müssten die Linkspartei als eine normale Partei behandeln“.

Wie kann und soll die SPD in Zukunft mit der Linkspartei umgehen? In Sachfragen ist die Übereinstimmung mit der SPD groß. Es gibt eine linke Mehrheit in der Gesellschaft. Ob dies auch in praktische Politik umgesetzt werden kann, bleibt fraglich. Die Zukunft wird Antwort geben – müssen. <



Gedanken im November

In diesen Wochen und Monaten – anlässlich des 20. Jahrestages des Mauerfalls – denke ich besonders intensiv über diese Zeit nach, wie ich sie erlebt, was ich gedacht und gefühlt habe.

Krieg – zum ersten Mal kam er nah an mich heran, als sich unser Lehrer nach der ersten Klasse von uns verabschiedete, um ins „Feld der Ehre“ auszurücken – er kam nicht zurück. Die dreitägige Staatstrauer im Februar 1943 anlässlich der Kapitulation der faschistischen Armee in Stalingrad hat sich mir in diesem Zusammenhang besonders eingepägt. Hunger, Kälte, Mangel, selbst an den notwendigsten Dingen des täglichen Lebens, – das war für uns als Kinder auch nach 1945 noch von dem Begriff Krieg nicht zu trennen. In der Schule, den Gruppen der Kinderlandbewegung und natürlich zu Hause wurde dann viel davon gesprochen, welche Verbrechen von 1933 bis 1945 geschehen waren; wir mussten auch erkennen, dass manches, was wir zum Beispiel in Geschichte und „Rassenkunde“ gelernt hatten, falsch und menschenfeindlich war. So wuchs auch ich während meiner Grund- und Oberschulzeit in eine neue Gedankenwelt hinein. Frieden, Arbeit und Brot für alle, Völkerfreundschaft und Solidarität – diese Grundsätze konnte ich akzeptieren.

Ein besonderes Erlebnis in meiner Bewusstseinsbildung war meine Teilnahme an den III. Weltfestspielen der Jugend und Studenten im August 1951 in Berlin, wo noch viele Trümmer an Furchtbare erinnerten. Hier erlebte ich es hautnah, dieses „Jugend aller Nationen – Freundschaft siegt“. Auch für mich war „Auferstehen aus Ruinen“ sehr anschaulich, habe ich mich doch während meiner Studienzeit 1952 bis 1956 an der Humboldt-Universität an vielen „Trümmerschichten“ beteiligt und Zielsteine geputzt.

So wurde ich Mitglied der FDJ, später der SED. Die DDR war für mich der Staat, der eine neue, eine menschliche und gerechte Gesellschaft gestalten wollte, die des Sozialismus. In beruflicher und vielfältiger gesellschaftlicher Tätigkeit habe ich mich für diese meine Überzeugung eingesetzt – das tue ich heute noch ebenso. Manches missfiel mir und war mir unverständlich, so die oft unehrlichen Berichte zur Planerfüllung, verspätete und lückenhafte Information zu brisanten Vorkommnissen, Vernachlässigung des Prinzips von Kritik und Selbstkritik, das Hin und Her in der Kulturpolitik. Für mich waren das menschliche, keine systembedingten Fehlentscheidungen. Bedenklicher stimmten mich schon Unregelmäßigkeiten und Fälschungen

bei Wahlen.

Dann kam die Wende. Es war und ist für mich schwer, begreifen zu müssen, dass es uns nicht gelungen war, die Bevölkerung, besonders viele Jugendliche, von unseren Zielen zu überzeugen. Dazu haben auch 40 Jahre Kalter Krieg und die gezielt gegen uns gerichtete Wühltätigkeit der herrschenden Kreise der BRD beigetragen. Wir, die wir bei unserer Grundüberzeugung geblieben sind, erfuhren Hass, Hohn und Anfeindungen. Schwierig war auch für mich der Weg, mich von einigen gewohnten Anschauungen und Vorstellungen zu lösen. Dabei kann es für mich nur **eine** gerechte Ordnung geben, nämlich die des **demokratischen Sozialismus**. Auch die Partei, der ich nach wie vor angehöre, hat sich gewandelt. Immer mehr Menschen erkennen das. Sie schätzen unser Engagement für Frieden, soziale Gerechtigkeit, Wohlstand und Sicherheit; das zeigen die Ergebnisse bei Wahlen.

Im Nachhinein sehe ich die Chance, im vereinigten Deutschland unsere Gedanken und Ideen von einer sozial gerechten Gesellschaft mehr Menschen auch in der ehemaligen BRD nahezubringen und in aktive Politik einfließen zu lassen.

*Christa Zernick, Jahrgang 1933,
Mellensee*

Eine von uns

Marianne: Die Wahlen sind Geschichte. Wie gefällt Dir das Ergebnis?

Tina: Ich denke, wir können zufrieden sein. Der Wahlkampf war für mich so wie sicher auch für viele andere Wahlkampfhelfer eine Art Ausnahmezustand. Den Wahltag habe ich dann schließlich als sehr spannend, aber auch erlösend zugleich empfunden. Wir haben viel Kraft und Arbeit investiert. Es war eine aufregende und auch schöne Zeit.

Allerdings denke ich, dass uns die Wählerinnen und Wähler nicht nur für unseren engagierten Wahlkampf gewählt haben. Die Wahlergebnisse sind die Quittung – im besten Sinne des Wortes – für die bisher harte, kontinuierlich gute und ehrliche Arbeit der Abgeordneten auf allen Ebenen.

Das Vertrauen, das DIE LINKE zu den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort aufbauen konnte, zeigt sich mitunter und gerade in der Basisarbeit.

Denn nach der Wahl ist vor der Wahl und meines Erachtens beginnt der eigentliche Wahlkampf genau jetzt mit der parlamentarischen Arbeit der Abgeordneten, mit Bürgergesprächen, Sprechstunden, Hilfeleistungen in den Geschäftsstellen usw ...



Tina Senst

Marianne: Welche Schwerpunkte hast Du Dir für Deine Arbeit gesetzt?

Tina: In erster Linie ist das die Wahlkreisarbeit für unsere Landtagsabgeordnete Kornelia Wehlan im Landtagsdirektwahlkreis 24.

Wir als LINKE arbeiten und kämpfen für mehr soziale Gerechtigkeit, das zieht sich wie ein roter Faden durch alle Ebenen der politischen Arbeit.

Interessant dabei ist die Verbindung dieser Ebenen – von der Stadtverordnetenversammlung über den Kreistag bis zum Landtag – das bietet effektive Möglichkeiten zur Umsetzung der politischen Ziele.

noch der Vogelturm erhalten.

Seinen Namen erhielt er, weil er während einer längeren Periode seiner Geschichte nur den Vögeln als Nistplatz diente.

Der Sage nach sollen Vögel die Steine zum Bau dieses Torturmes zusammengetragen haben, um einen todgeweihten Maurergesellen zu retten. Vor über 400 Jahren ausgebrannt, lag dieser letzte Überrest des Jüterboger Tores lange Zeit wüst. Erst seit rund 100 Jahren zeigt er sich wieder kraftvoll und trutzig wie einst. <

Vielfältig und interessant ist auch die Arbeit in der Redaktionskommission des LinksBlick. Des Weiteren bin ich Sachkundige Einwohnerin im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Öffentliche Ordnung in der Stadtverordnetenversammlung Luckenwalde.

Marianne: Du hast uns einen kleinen Einblick in Deine Arbeit gegeben. Die ganze Vielfalt Deiner Arbeit können wir nicht vorstellen. Woher nimmst Du die Kraft dafür?

Tina: In erster Linie natürlich bei meiner Familie. Für meinen Sohn und natürlich für alle Menschen wünsche ich mir eine gerechtere Welt, ein Leben in einer Gesellschaft, in der Bildung wieder als ein Wert angesehen wird, in der man menschenwürdig arbeiten, leben und alt werden kann, – eine friedliche Welt, ohne Krieg und Gewalt.

Ich fühle mich als junger, gesunder Mensch der Gemeinschaft verpflichtet. Jeder sollte seinen Teil dazu beitragen, etwas zum Guten zu verändern.

Auch eine gewisse Vorbildfunktion und das Verantwortungsbewusstsein unseren Kindern gegenüber ist Motivation für diese Arbeit. Ebenso wichtig ist mir die Zusammenarbeit und der Austausch der Erfahrungen zwischen den Generationen.

DIE LINKE entspricht mit ihren Forderungen meinem sozialen Gewissen und meinem Gerechtigkeitssinn. Ich meine, dass es immer lohnt, sich für etwas Gutes zu engagieren.

Marianne: Vielen Dank für das Gespräch. Wir wünschen Dir weiterhin viel Kraft auf deinem Weg.

Marianne Richter,
Luckenwalde

Auflösung Bilderrätsel



Zu sehen war diesmal der Vogelturm in Dahme/Mark.

Als einstmaliger Bestandteil des Jüterboger Tores – eines von ehemals zwei Stadttoren – ist nur

Der ungeteilte Himmel

Und wir sind dabei gewesen

Wie die heutige Situation vor 20 Jahren anfang, erzählt auf ganz andere Weise der Pfarrer der Nikolaikirche, Christian Führer, in seiner Autobiografie.

Die Grenzen waren zu lange zu eng – nach außen und nach innen. Es waren immer mehr, die in der DDR etwas ändern oder auch nicht mehr bleiben wollten und viele haben Beistand in der Kirche gesucht und Hilfe bekommen.



Wie der christliche Glaube in der DDR gelebt wurde und welche Herausforderungen und Bestätigungen es im Alltag einer Pfarrersfamilie gab, erfährt man durch viele interessante Begebenheiten.

Über den Anfang seiner Schulzeit erzählt Christian Führer, dass es ihm dort so gut gefiel, dass er überall dabei sein wollte – auch bei den Pionieren. Doch dann war er empört, wenn der Lehrer die Bibel als Märchenbuch verunglimpfte. Seine Entgegnung war, dass wohl kein Mensch an Schneewittchen oder Hänsel und Gretel glaubt.

In seiner weiteren Entwicklung waren besonders Lehrer Vorbild für ihn, die ihn gefordert haben, aber auch verständnisvoll waren. Sie konnten auch eine ganz andere Weltsicht haben. Später konnte er durch seinen Berufswunsch und kirchliche Fürsprache eine der wenigen altsprachlichen Schulen besuchen.

In seine Studentenzeit fiel dann die

Herzliche Glückwünsche

*senden die Basisorganisationen und
Vorstände den Jubilaren, die in diesen Tagen Geburtstag feiern*

Günter Pötzsch in Mahlow zum 74. Geburtstag am 12.11.
Inge Tomalla in Luckenwalde zum 81. Geburtstag am 13.11.
Dora Pützschel in Mahlow zum 84. Geburtstag am 14.11.
Anneliese Wirth in Jüterbog zum 74. Geburtstag am 14.11.
Christa Wetzels in Schönefeld zum 72. Geburtstag am 14.11.
Johanna Reich in Jüterbog zum 78. Geburtstag am 15.11.
Gerhard Hausmann in Jüterbog zum 93. Geburtstag am 21.11.
Gisela Renner in Dahlewitz zum 72. Geburtstag am 22.11.
Brigitte Bloch in Luckenwalde zum 81. Geburtstag am 24.11.
Günter Kühn in Am Mellensee zum 82. Geburtstag am 25.11.
Elli Wünschmann in Luckenwalde zum 89. Geburtstag am 26.11.
Christa Zernick in Am Mellensee zum 76. Geburtstag am 26.11.
Rolf Schröther in Jüterbog zum 71. Geburtstag am 26.11.
Ursula Weber in Schöna-Kolpien zum 78. Geburtstag am 28.11.
Dr. Rudolf Schiller in Blankenfelde zum 74. Geburtstag am 29.11.
Biruta Schlag in Sperenberg zum 74. Geburtstag am 01.12.
Karin Odebrecht in Mahlow zum 72. Geburtstag am 02.12.
Werner Eiserbeck in Luckenwalde zum 81. Geburtstag am 07.12.
Karl-Heinz Stüber in Luckenwalde zum 78. Geburtstag am 07.12.
Hannelore Clemens in Jüterbog zum 81. Geburtstag am 08.12.
Herbert Fiedler in Luckenwalde zum 84. Geburtstag am 08.12.

Marie Petermann in Jüterbog zum 85. Geburtstag am 11.11.

Werner Langklotz in Blankenfelde zum 75. Geburtstag am 20.11.

Gerda Müller in Rangsdorf zum 85. Geburtstag am 27.11.

Erika Lorenz in Werder zum 80. Geburtstag am 28.11.

Margarete Perlit in Luckenwalde zum 80. Geburtstag am 01.12.

Umwandlung aller bäuerlichen Betriebe in LPG.

In Abwandlung des offiziellen Spruches: „Ohne Gott und Sonnenschein bringen wir die Ernte ein.“ kursierte in dieser Zeit: „Ohne Sonnenschein und Gott geht die LPG bankrott.“. Und über die Zeit der Grenzschiebung 1961 wird von Brecht zitiert: „... wäre es da nicht einfacher, die Regierung löst das Volk auf und wähle ein anderes.“!

Das sollte jetzt am besten umgekehrt geschehen. Was in der Zeit der Friedensbewegung in der Nikolai-Kirche geschah, ist in diesem Buch authentisch beschrieben.

Gerda Günther, Ludwigsfelde

Zu Gast in Jüterbog ...

... waren Dagmar Enkelmann, Diana Golze und Kornelia Wehlan, um mit Genossen und interessierten Bürgern ins Gespräch zu kommen. Danach überreichte Dagmar Enkelmann eine Spende an den Verein für soziale Selbstverteidigung. Kornelia Wehlan übergab eine Spende an die Jüterboger Tafel. Die Veranstaltung wurde vom japanischen Fernsehen begleitet, das an Fragen und Antworten zur Sozialpolitik, zur Zufriedenheit mit der jetzigen Bundespolitik oder zu den Befürchtungen für die Zukunft interessiert war. Alle Anwesenden verfolgten sehr aufmerksam die Diskussionen, darunter auch unser neues Mitglied, Jochen Kutschera aus Jüterbog.

Petra Haase, Jüterbog

Termine

06.11.09 15.30 Uhr

Dankeschön-Veranstaltung
für alle Wahlkampfhelfer
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

10.11.09 18.30 Uhr

Koordinierungsrat
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

16.11.09 19.00 Uhr

Kreisvorstand
Geschäftsstelle Luckenwalde

18.11.09 14.00 Uhr

Redaktion
Geschäftsstelle Luckenwalde

26.11.09 18.00 Uhr

Skat- und Rommee-Abend
Geschäftsstelle Jüterbog

28.11.09 14.00 Uhr

Kreisparteitag DIE LINKE. TF
Feuerwehr Dobbrikow

30.11.09 18.30 Uhr

Treffen BO-Vors. Gebiet Zossen
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

03.12.09 17.30 Uhr

Beratung Regionalvorstand
Geschäftsstelle Jüterbog

Ausstellung



Maritta Böttcher vor dem Sieger-Bild

Die Themen „Mein Lieblingstier“ sowie „Mein Lieblingsspielzeug“ konnten die Kinder zum diesjährigen Zuckertütenfest gestalten.

Die besten Bilder waren von einer Jury ausgezeichnet worden. Diese Bilder sind jetzt in einer Ausstellung in der Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE in Jüterbog zu sehen. Zur Eröffnung gab es interessante Gespräche und kleine Geschichten rund um das Zuckertütenfest.

Petra Haase, Jüterbog

Kreisparteitag

Am 28. November findet die 1. Tagung des 2. Kreisparteitages der LINKEN Teltow-Fläming in Dobbrikow statt. Die neuen Delegierten müssen bis zum 10.11.2009 der Geschäftsstelle gemeldet werden. <

Unser Genosse

Kurt Dammüller

ist im September 2009
verstorben.

Wir werden sein Andenken
in Ehren halten.

Regionalverband
TF Süd

KV DIE LINKE.
Teltow-Fläming

Am 18. September 2009 verstarb
nach schwerer Krankheit unser
Genosse

Dr. Horst Thiele

Außer den ihm nahestehenden
Genossinnen und Genossen der
Basisorganisation
betrauern viele Einwohner der
Gemeinde Blankenfelde
sein Ableben.

Dr. Horst Thiele war langjähriger
Abgeordneter der
Gemeindevertretung
Blankenfelde-Mahlow,
Vorsitzender des Blankenfelder
Kulturvereins

BO III
Blankenfelde

Kreisverband
DIE LINKE. TF

IMPRESSUM

Geschäftsstellen:

14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36, Tel.: 0 33 71/63 22 67, Fax: 63 69 36,

14913 Jüterbog, Große Str. 62, Tel.: 0 33 72/43 26 91, Fax: 44 30 33,

14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur-Str. 17 Tel.: 0 33 78/51 06 53

Spendenkonto: 363 302 74 15,

BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam

Redaktionsschluss: 07.10. 2009, der nächsten Ausgabe: 18. November 2009

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers
übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming, V.i.S.d.P.: Petra Haase

E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de

